

# Informationen aus dem **L a n d t a g**

Dezember 2020

**GRÜN.  
KOMMT**





Liebe Freundinnen und Freunde,  
ein schwieriges Jahr liegt hinter uns. Das Corona-Virus stellt uns vor große Herausforderungen. Insbesondere das Frühjahr war für uns alle von großen Einschnitten geprägt. Kinder und Jugendliche durften nicht mehr in Kitas und Schulen, ältere und

behinderte Menschen wurden in den Heimen und Einrichtungen isoliert. Wir haben uns dafür stark gemacht, dass die Schwächsten dieser Gesellschaft bei einer zweiten Ansteckungswelle nicht wieder die Leidtragenden sein dürfen. Für Solo-Selbstständige, Kulturschaffende und Gastronom\*innen haben wir von Beginn an schnelle und unbürokratische Hilfen gefordert. Sie waren die ersten, die zu machen mussten und sind auch jetzt seit November wieder von Schließungen betroffen.

Die Regierung Laschet hat den Sommer nicht genutzt, um ein Konzept für die kalte Jahreszeit zu erstellen, insbesondere die Schulen fühlen sich von der Landesregierung allein gelassen. Wir werden uns weiter kritisch und konstruktiv in die Debatten einbringen und da wo notwendig die Landesregierung antreiben.

Die Pandemie hat andere wichtige Themen in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund gedrängt. Gleichzeitig hat sie aufgezeigt, welche Anstrengungen möglich sind, wenn wir wissenschaftliche Erkenntnisse ernst nehmen und daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen. Dass dies in Sachen Klimaschutz nicht passiert, zeigt unter anderem die neue Leitentscheidung zum Braunkohletagebau im Rheinischen Revier. Sie bleibt weit hinter den Notwendigkeiten für das Klima und die Menschen vor Ort zurück. Und auch die Verkehrsplanung ist noch lange nicht auf Klimakurs. Die langfristigen Pläne setzen nach wie vor viel zu sehr auf den Neubau von Straßen statt auf den Ausbau des Schienenverkehrs. Diese und weitere spannende Grüne Themen erwarten Euch in der aktuellen Ausgabe der GRÜN.KOMMT.

Und nun noch ein Hinweis in eigener Sache: Bei den turnusmäßigen Wahlen zum Fraktionsvorstand wurden wir zu den neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Neuer Parlamentarischer Geschäftsführer ist Mehrdad Mostofizadeh, stellvertretende Vorsitzende sind nun Arndt Klocke und Wibke Brems, die auch die Fraktionsgeschäfte führt. Monika Düker und Arndt Klocke waren nicht mehr als Vorsitzende angetreten. Wir freuen uns über die Wahl, das Vertrauen in uns und die Arbeit, die vor uns liegt. Besonders bedanken möchten wir uns aber auch bei Monika Düker und Arndt Klocke für ihr großartige Arbeit.

Wir wünschen allen Leserinnen und Lesern schöne Feiertage und ein frohes und vor allem gesundes neues Jahr 2021.

Josefina Paul und Verena Schäffer

Fraktionsvorsitzende



#### Inhalt

Braunkohle: Leitentscheidung	----	3
Kinderschutz	-----	3
Corona-Pandemie in NRW	-----	4
Landeshaushalt 2021	-----	6
Bundesverkehrswegeplan	-----	6
Rassismus in der Polizei	-----	7

## BRAUNKOHLE-AUSSTIEG

## HALBHERZIGE LEITENTSCHEIDUNG



NRW NEWS

20 Monate nach dem Beschluss der Kohlekommission stellt die Regierung Laschet in ihrem Entwurf für eine Leitentscheidung vor, wie sie sich die Zukunft im Rheinischen Revier vorstellt. Leider ist damit die lange Zeit der Unsicherheit für die Menschen rund um die Tagebaue nicht vorbei. Denn mutige Entscheidungen für die von Umsiedlungen bedrohten Menschen, für den Klimaschutz oder den Umweltschutz sucht man vergebens in der Leitentscheidung.

Das Grundproblem ist, dass die Landesregierung sich einzig auf den zwischen RWE und der Bundesregierung verabredeten Ausstiegspfad und die allgemeinen Feststellungen im Kohleausstiegsgesetz der Bundesregierung bezieht. Dort heißt es, der Tagebau Garzweiler sei entsprechend der aktuellen Planungen notwendig und der Hambacher Wald solle erhalten werden. Die Regierung Laschet hätte schon längst eigene unabhängige Gutachten vorlegen müssen, um zu klären, wie viel Braunkohleabbau denn tatsächlich noch benötigt wird und klimapolitisch vertretbar wäre. Aber auch, wie die Rekultivierung des Tagebaus Hambach so organisiert werden kann, dass keine intakten Flächen zerstört werden müssen. Die Konsequenz ist eine Leitentscheidung voller Widersprüche und aufgeschobener Entscheidungen: Die Zukunft der Garzweiler-Dörfer ist weiter nicht gesichert. Ob der Ort Kerpen-Manheim am Tagebau Hambach zur Abraumgewinnung noch abgebagert werden soll, bleibt nebulös. Und auch der Hambacher Wald ist aufgrund des nahen Heranrückens des Tagebaus und umliegender Kiesabgrabungen noch lange nicht dauerhaft in seinem Bestand gesichert. Die Landesregierung muss den Wald schnellstmöglich kaufen, um ihn anschließend in eine Stiftung zu überführen und so langfristig zu erhalten.

Wir fordern die Regierung Laschet auf, dass sie die knapp bemessene Zeit der Öffentlichkeitsbeteiligung nutzt, parallel die notwendigen Berechnungen vornimmt und mit einer überarbeiteten Leitentscheidung Klarheit für alle Beteiligten schafft.

Wenn die Leitentscheidung tatsächlich so bleiben sollte, wird sie absehbar nicht die letzte Leitentscheidung gewesen sein.

[Wibke.Brems@landtag.nrw.de](mailto:Wibke.Brems@landtag.nrw.de),  
Sprecherin für Energie und Klimaschutz

LANDESBEAUFTRAGTE\*<sup>R</sup>

## EIN NETZWERK FÜR KINDERSCHUTZ



Die erschreckenden Fälle sexualisierter Gewalt gegen Minderjährige von Lügde und Münster haben eine breite gesellschaftliche Aufmerksamkeit erreicht. Dennoch ist sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche keine neue Erscheinung und vor allem keine Randerscheinung. Aus den Daten der Polizeilichen Kriminalstatistik geht hervor, dass 2019 durchschnittlich jeden Tag 43 Kinder Opfer sexualisierter Gewalt wurden. Es ist daher leider davon auszugehen, dass das Dunkelfeld, also die unentdeckten Fälle, sehr viel höher liegt.

Sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, aber auch noch immer ein gesellschaftliches Tabuthema. Um einen gelingenden Kinderschutz in NRW zu gewährleisten, braucht es ein abgestimmtes Gesamtkonzept zum Kinderschutz. Die unterschiedlichen Akteure im Kinderschutz müssen verlässlich miteinander vernetzt sein. Das Netz des Kinderschutzes enger zu weben, erfordert die verbindliche Kooperation zwischen Jugendämtern, Polizei, Justiz, medizinischem Bereich und freien Trägern. Eine ganzheitliche Landesstrategie braucht neben einer guten polizeilichen Ermittlungsarbeit aber auch Strukturen und Maßnahmen, die den Schutz von Kindern verbessern, das Kind in den Mittelpunkt stellen und auch die Nachsorge und Begleitung von Opfern in den Blick nimmt.

Ein wichtiger Baustein einer Gesamtstrategie ist die Einrichtung der Stelle eines/einer unabhängigen Landesbeauftragten zu Fragen der sexualisierten Gewalt gegen Kinder und Jugendliche. Ein\*e unabhängige\*r Beauftragte\*r soll als Ansprechpartner\*in für Betroffene dienen, anonyme Hinweise aufnehmen und Altfälle aufarbeiten. Darüber hinaus soll er/sie Studien initiieren und Handlungsbedarfe für die Politik anzeigen. Und nicht zuletzt soll sie/er auch zu einer gesellschaftlichen Sensibilisierung beitragen. Denn nicht nur Unwissenheit begünstigt die gesellschaftliche Tabuisierung, auch Abwehr und Verdrängung tragen noch immer dazu bei.

Wir hoffen nun, dass die anderen Fraktionen unserem Antrag zustimmen und so ein wichtiges Zeichen setzen.

[Josefine.Paul@landtag.nrw.de](mailto:Josefine.Paul@landtag.nrw.de),  
Sprecherin für Kinder, Jugend und Familie

## Nicht ohne das Parlament

# DAS LEBEN MIT DER PANDEMIE

**Nach dem Ausbruch des Corona-Virus Anfang diesen Jahres konnten wir alle im Sommer etwas aufatmen und die teils starken Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Frühjahr hinter uns lassen. Denn das Infektionsgeschehen war im Großen und Ganzen beherrschbar. Die Wissenschaft hatte aber eindringlich davor gewarnt, dass in den kälteren Monaten die Anzahl der Neuinfektionen wieder steigen würde. Überrascht wurden Wissenschaft und Politik von der plötzlichen Dynamik des Geschehens im Oktober.**



CORONA  
PANDEMIE

Das exponentielle Wachstum droht unser Gesundheitssystem an seine Grenzen zu bringen. Unsere europäischen Nachbarländer wie die Niederlande und Belgien haben mit noch deutlich dramatischeren Zuständen zu kämpfen. Mit weitreichenden Maßnahmen versuchen auch sie, die zweite Welle zu brechen. Bis ein großer Teil der Bevölkerung geimpft sein wird, ist es Aufgabe der Politik, Schutzmaßnahmen vor Ansteckung mit dem Virus zu ergreifen, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern und die sozialen und wirtschaftlichen Folgen abzufedern.

### Infektionsgeschehen eindämmen

Im Oktober beschlossen die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten sowie die Kanzlerin strenge Maßnahmen ab November mit dem Ziel, eine Reduzierung der Neuinfektionen zu erreichen und das Pandemiegeschehen wieder kontrollierbar zu machen. Im Zentrum aller Bemühungen steht, eine Überlastung des Gesundheitssystems zu vermeiden und die Gesundheitsämter wieder in die Lage zu versetzen, Kontakte nachverfolgen und Infektionsketten unterbrechen zu können.

Die Kontaktnachverfolgung ist für die Beherrschbarkeit der Pandemie elementar. Wenn viele infizierte Menschen nicht wissen, dass sie Träger sind und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen, verbreitet sich das Virus unkontrolliert. Das dynamische Infektionsgeschehen erfordert daher schnelles Handeln. Welche tragischen Folgen es hat, wenn das Gesundheitssystem zusammenbricht, zeigt ein Blick in andere Länder dieser Welt. Das Runterfahren des öffentlichen Lebens verlangt uns allen, vor allem aber den Gastronom\*innen, Künstler\*innen und Kul-

turschaffenden, viel ab. Viele sehen sich durch die erneuten Schließungen in ihrer Existenz bedroht. Die Kritik und die Frustration über pauschale Schließungen von Gastronomie, Kultur- und Freizeitangeboten können wir nachvollziehen. Viele Betriebe und Einrichtungen haben in Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen investiert. Doch bei einem Infektionsgeschehen, das die Eindämmung nur durch die drastische Reduzierung von Kontakten ermöglicht, bleiben Dilemmata, die nur schwer aufzulösen sind.

Wichtig ist, dass die in Aussicht gestellten finanziellen Hilfen für Solo-Selbstständige, Unternehmen und Einrichtungen auch wirklich schnell bei den Betroffenen ankommen. Die bestehenden Überbrückungshilfen müssen dringend entbürokratisiert und diese wie auch die Notfallhilfen für mehr Betroffene zugänglich sein. Zudem muss endlich der Unternehmerlohn für Solo-Selbstständige und Freiberufler auf den Weg gebracht werden.

### Generationengerechtigkeit sicherstellen

Unser Anspruch ist es, gerade in Zeiten der Pandemie eine soziale und gerechte Politik umzusetzen, die die Schwächsten unserer Gesellschaft schützt und unterstützt. Das ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Im Frühjahr dieses Jahres haben wir stark darauf gedrungen, dass Kinder, Jugendliche und ältere Menschen nicht die Leidtragenden dieser Pandemie sein dürfen. Es ist gut, dass es inzwischen einen politischen Konsens darüber gibt, Kitas und Schulen offenzuhalten und Bewohner\*innen von Alten-, Pflege- und Behinderteneinrichtungen nicht zu isolieren.



Ein wichtiger Grund für das Offenhalten der Kitas und Schulen ist die Bildungsgerechtigkeit, das andere starke Argument ist der Kinderschutz. Mit Blick auf die stark steigenden Infektionszahlen ist die Landesregierung allerdings gefordert, endlich einen Plan vorlegen, wie sie gedenkt, im Herbst und Winter Bildungsgerechtigkeit und Infektionsschutz in Einklang zu bringen. Schulministerin Gebauer hat dafür bislang jede Initiative vermissen lassen. Unsere Vorschläge liegen seit Monaten auf dem Tisch. Dazu gehören kleinere, stabile Lerngruppen, Schichtunterricht, mehr Räume und Unterstützungspersonal sowie der Einsatz von Lüftungsanlagen.

Einigkeit herrscht inzwischen darin, dass Besuche in Pflege- und Behinderteneinrichtungen möglich sein müssen. Menschen in Heimen zu isolieren, verstößt massiv gegen ihre Grundrechte und wird deshalb von uns abgelehnt. Regelmäßige Testungen von Personal, Bewohner\*innen und Besucher\*innen sowie Schutzkleidung dürfen nicht nur auf dem Papier stehen, sondern müssen auch in den Einrichtungen ankommen und umgesetzt werden.

Hart getroffen von der Krise, aber kaum im Fokus, sind die Studierenden. Erst drei Wochen nach Beginn der einschränkenden Maßnahmen seit November lässt Bundesministerin Karliczek die alten Überbrückungshilfen für Studierende wieder aufleben. Wie schon im Sommer diesen Jahres kommen die Maßnahmen zu spät und sind nicht ausreichend, um Studierenden in finanzieller Notlage zu helfen. Die Landesregierung muss sich daher auf Bundesebene für eine bessere Hilfe für Studierende einsetzen.

### Mehr parlamentarische Beteiligung

Die aktuelle Krisenpolitik der Landesregierung führt uns deutlich vor Augen, dass wir endlich in ein vorausschauendes Vorsorgemanagement kommen müssen. Die Wissenschaft ist sich einig darüber, dass uns das Corona-Virus noch die nächsten Monate und Jahre begleiten wird. Deshalb muss es endlich Strategien für ein Leben mit der Pandemie geben, damit es nicht zu einem ständigen Wechsel zwischen Einschränkungen des öffentlichen Lebens und Lockerungen kommt.

Nach über einem halben Jahr Pandemie darf aber vor allem nicht die Landesregierung alleine über die teils weitreichenden Corona-Schutzmaßnahmen entscheiden. Wir GRÜNE wollen, dass das Parlament wieder zu dem Ort wird, an dem die zentralen Debatten über die Herausforderungen für unsere Gesellschaft geführt werden. Deshalb wollen wir den Rahmen für die Schutzmaßnahmen in einem Gesetz regeln. Die öffentliche Debatte im Landtag kann aus unserer Sicht auch zu einer höheren Akzeptanz für die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in der Bevölkerung beitragen.

Wir brauchen die Unterstützung der Bürger\*innen – das Virus werden wir nur gemeinsam bekämpfen können. Und wir brauchen Solidarität. Gemeinsam, mit Fürsorge füreinander, mit kreativen Ideen und fundierten Lösungen, kommen wir durch die Krise.

[Josefine.Paul@landtag.nrw.de](mailto:Josefine.Paul@landtag.nrw.de)  
[Verena.Schäffer@landtag.nrw.de](mailto:Verena.Schäffer@landtag.nrw.de)  
 Fraktionsvorsitzende

## LANDESHAUSHALT 2021

**KEINE NACHHALTIGKEIT IN DER KRISE**

Seit ihrer Regierungsübernahme 2017 konnte sich die Landesregierung Jahr für Jahr über steigende Steuereinnahmen in Milliardenhöhe freuen. So hätte sie viel Zeit und Ressourcen gehabt, in die Zukunft des Landes zu investieren. Ministerpräsident Laschet selbst hatte bei seiner letzten Haushaltsrede in Oppositionszeiten gefordert, ein Drittel der Steuermehreinnahmen für Investitionen zu nutzen. Doch diesen Ankündigungen folgten in der Regierung keine Taten. Statt die Steuermehreinnahmen gezielt für nachhaltige Investitionen etwa für Infrastruktur und Klimaschutzmaßnahmen zu nutzen, wie es auch zahlreiche Wirtschaftswissenschaftler\*innen fordern, wurde der Haushalt durch verpuffende Ausgaben wie fragwürdige Heimatprojekte und über 800 Stellen in der Ministerialbürokratie aufgebläht. Auch im Jahr 2020 und mitten in der Corona-Pandemie sind sich Expert\*innen einig: Das Land muss als Konjunkturmotor in der Pandemie-bedingten Rezession agieren und stärker investieren. Erneut wird das Gegenteil gemacht. Je Einwohner\*in investiert NRW nur 400 Euro pro Jahr und rangiert damit weit abgeschlagen hinter Ländern wie Baden-Württemberg und Sachsen (je 700 Euro) oder Bayern mit 900 Euro.

Wir meinen, es braucht einen Grünen Zukunftspakt für NRW, der nachhaltige Investitionen vorsieht und damit Konjunkturimpulse mit der Bewältigung der Klimakrise verbindet. Mit entsprechenden Änderungsanträgen fordern wir im Haushaltsverfahren 2021 Investitionen in Radwege, in Schulinfrastruktur, in die Digitalisierung unserer Hochschulen, in Studierendenwohnheime, in eine klimaneutrale Landesverwaltung sowie in Klimaschutz in den nordrhein-westfälischen Kommunen.

Die Kommunen tragen eine besondere Last in der Corona-Krise und verdienen eine besondere Solidarität. Auch vor dem Hintergrund der ungelösten Altschuldenproblematik, müssen Bund und Land sicherstellen, dass der Schuldenberg der Kommunen nicht weiter anwächst. Die eingebrochenen Gewerbesteuer-einnahmen der Kommunen wurden im Jahr 2020 von Bund und Ländern kompensiert. Im Jahr 2021 werden die Kommunen im Regen stehen gelassen. Wir fordern Bund und Land auf, auch im kommenden Jahr die Ausfälle zu kompensieren.

**Monika.Dueker@landtag.nrw.de,**  
Sprecherin für Haushalt und Finanzen

## STRASSENNEUBAU

**ALLES AUF DEN PRÜFSTAND**

Der Verkehr hinkt bei der Einsparung von CO<sub>2</sub> deutlich anderen Bereichen hinterher, die Emissionen sind in den vergangenen Jahren sogar noch gestiegen. Doch statt gegenzusteuern bauen Bund und Land stetig weiter die Straßeninfrastruktur aus, auch wenn dies die Erreichung der Klimaschutzziele konterkariert.

So wurden im Jahr 2019 bundesweit 61 Kilometer Autobahn und 122 Kilometer Bundesstraßen neu gebaut, demgegenüber gerade mal 6 Kilometer neue Schienenwege. An dieser Gewichtung muss sich dringend etwas ändern. Wir haben deshalb im September einen Antrag ins Landtagsplenum eingebracht, mit dem Ziel, alle Straßenneubauvorhaben des Bundesverkehrswegeplans und des Landesstraßenbedarfsplans auf den Prüfstand zu stellen. Die Projekte sollen dahingehend untersucht werden, wie ihre Wirkung auf den Klimaschutz ist und ob sie noch verkehrlich notwendig sind, wenn die vorhandene und zukünftige alternative Verkehrsinfrastruktur ausgebaut wird. Zudem soll überprüft werden, wie die Auswirkungen auf landwirtschaftlich genutzte oder natürliche Flächen sind und ob es anderslautende politische Beschlüsse der Kommunalvertretungen gibt. Denn sehr viele Straßenneubaupläne sind bei den Bürger\*innen vor Ort hoch umstritten.

Überprüft werden sollen alle Vorhaben, für die es bislang keinen Planungsbeginn gibt oder die sich noch in der Vorplanungsphase befinden.

Um die Verkehrsinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen zukunftsfest zu machen, müssen die Weichen jetzt neu gestellt werden, denn der Bundesverkehrswegeplan gilt noch bis 2030 und bei seiner Aufstellung spielten Klimaschutzaspekte keine Rolle. Doch leider gibt es bislang sowohl von der CDU/SPD-Regierung in Berlin als auch der CDU/FDP-Regierung in Düsseldorf nur ein „Weiter so!“ in Sachen Straßenneubau. Dabei wäre die Corona-Krise und die damit einhergehenden Veränderungen der Arbeitswelt und des Mobilitätsverhaltens ein guter Zeitpunkt und ein zusätzlicher Anlass zum Innehalten und zur klimafreundlichen Neujustierung der Verkehrspolitik auf allen Ebenen.

**Arndt.Klocke@landtag.nrw.de,**  
Sprecher für Verkehrspolitik

RASSISMUS UND EXTREMISMUS IN DEN SICHERHEITSBEHÖRDEN

## Offene und ernsthafte Auseinandersetzung

10  
PUNKTE  
PLAN

### gegen RECHTSEXTREMISMUS & RASSISMUS in den SICHERHEITSBEHÖRDEN

1. Studie zu Einstellungen in den Sicherheitsbehörden
2. ein/eine unabhängige\*r Polizeibeauftragte\*r
3. Meldestelle für Mitarbeiter\*innen des Verfassungsschutzes
4. Beirat für den Sonderbeauftragten
5. Aufgabenerweiterung der Extremismusbeauftragten
6. Antidiskriminierungsstelle für die NRW-Polizei
7. Rotation in den Sicherheitsbehörden
8. mehr Fortbildungsmaßnahmen
9. Verankerung von Supervision
10. Wertekanon für Sicherheitsbehörden

Der allergrößte Teil der Beschäftigten in unseren Sicherheitsbehörden vertritt nicht nur die Werte unserer Verfassung, er verteidigt sie auch in seiner täglichen Arbeit. Alle Menschen – unabhängig von Hautfarbe, Religion, Migrationsgeschichte, Geschlecht oder sexueller Identität – müssen darauf vertrauen können, dass die Sicherheitsbehörden sie schützen und nicht diskriminieren. Deshalb sind die in den vergangenen Monaten bekannt gewordenen Verdachtsfälle zu Chatgruppen mit rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und antimuslimischen Inhalten unter Polizeibeamt\*innen sowie in einer Observationsgruppe des Verfassungsschutzes umso bestürzender. In solchen Verdachtsfällen muss entsprechend der Erkenntnislage sowohl dienstrechtlich, als auch strafrechtlich ermittelt werden. Dass es rassistische und rechtsextreme Haltungen in den Sicherheitsbehörden gibt, zeigte sich zuvor auch schon im „Nordkreuz“-Verfahren, dem „NSU 2.0“ und nicht zuletzt der Polizeiverwaltungsbeamte und Mitglied der rechtsterroristischen „Gruppe S.“. Wir müssen hier längst von einem strukturellen Problem ausgehen.

Deshalb haben wir in unserem 10-Punkte-Plan gegen Rechtsextremismus und Rassismus in den Sicherheitsbehörden einige Vorschläge gemacht, die dazu beitragen können, dass der Verfestigung von rechtsextremen und rassistischen Haltungen in den Sicherheitsbehörden vorgebeugt wird.

Bereits seit vielen Jahren zeigen wissenschaftliche Studien, dass Rassismus und andere menschenverachtende Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft verankert sind. Diese Einstellungen machen nicht vor der Behördentür Halt, können aber massive Auswirkungen auf die tägliche Polizeiarbeit haben. Deshalb fordern wir zur Verbreitung solcher Einstellungen bei Beschäftigten

in den Sicherheitsbehörden eine eigene Studie.

Polizeibeamt\*innen müssen die Möglichkeit haben, auch anonym Hinweise auf Rechtsextremismus und Rassismus in den eigenen Reihen zu melden. Auch Bürger\*innen muss eine Anlaufstelle für rassistische und rechtsextreme Vorfälle im Zusammenhang mit der Polizei offen stehen. Ein\*e unabhängige\*r Polizeibeauftragte\*r könnte solche Hinweise entgegen nehmen, die Aufklärung einleiten und beratend zur Seite stehen.

Die Voraussetzung für den Erfolg von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Rassismus in den Sicherheitsbehörden ist eine offene und ernsthafte Auseinandersetzung mit rechten, rassistischen und menschenfeindlichen Haltungen. Eine solche Auseinandersetzung kann nicht allein auf die Innenperspektive einer Sicherheitsbehörde bauen. Deshalb wollen wir dem Sonderbeauftragten für rechtsextreme Tendenzen in der Polizei einen Beirat zur Seite stellen, der mit Expert\*innen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft besetzt ist. Dieser Blick von außen kann wichtige Impulse für die Arbeit des Sonderbeauftragten liefern. Zu diesen Forderungen haben wir bereits Anträge und einen Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht – die leider von der Mehrheit aus CDU und FDP abgelehnt wurden. Wir werden dieses Thema aber weiter verfolgen und auf die Agenda setzen. Denn die Bekämpfung von rechten Einstellungen in den Sicherheitsbehörden ist nicht nur im Sinne der Menschen, die von Rassismus betroffen sind, sondern aller verfassungstreuen Polizeibeamt\*innen und nicht zuletzt aller Demokrat\*innen.

**Verena.Schäffer@landtag.nrw.de,**  
Sprecherin für Innenpolitik  
und Strategien gegen Rechtsextremismus

## ABO/DATENSCHUTZ

Mitglieder von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in Nordrhein-Westfalen erhalten die Informationen aus dem Landtag NRW – GRÜN.KOMMT – regelmäßig zusammen mit dem Magazin der Bundespartei. Als Nicht-Mitglied haben Sie jederzeit die Möglichkeit, die GRÜN.KOMMT kostenlos zu abonnieren. Schreiben Sie uns dafür eine Nachricht per Mail oder Post. Das gilt natürlich auch für Abbestellungen – Ihre Daten werden dann vollständig gelöscht.

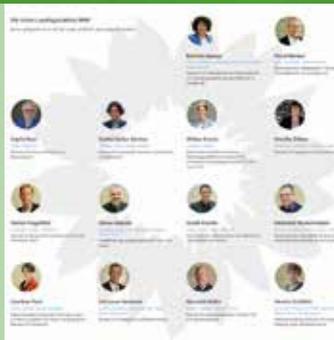
Als Abonnent\*in haben Sie selbstverständlich ein Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung (Sperrung) und Übertragbarkeit der über Sie gespeicherten Daten sowie ein Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten. Ferner haben Sie das Recht, Ihre erteilte Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Um Ihre Rechte uns gegenüber geltend zu machen, schreiben Sie bitte an [datenschutz.gruene@landtag.nrw.de](mailto:datenschutz.gruene@landtag.nrw.de).

## NEWSLETTER

Aktuelle Informationen erhalten Sie per E-Mail mit unserem Newsletter »Landtag aktuell«, wenn Sie sich über unsere Homepage [www.gruene-fraktion-nrw.de](http://www.gruene-fraktion-nrw.de) anmelden oder uns eine E-Mail an [gruene-pressestelle@landtag.nrw.de](mailto:gruene-pressestelle@landtag.nrw.de) schicken. Er erscheint in jeder Plenarwoche mit einer Vorschau auf die Themen der Woche.

## UNSERE NEUE HOMEPAGE

Wir haben eine neue Homepage: Unter [gruene-fraktion-nrw.de](http://gruene-fraktion-nrw.de) findet sich alles Wichtige über die Arbeit der GRÜNEN im Landtag. Dazu gehören die Anfragen an die Landesregierung und deren Antworten sowie Anträge, Reden und Informationen über die Grünen Abgeordneten.



## IMPRESSUM

Herausgeber (v.i.S.d.P):  
GRÜNE Fraktion im Landtag NRW  
Mehrhad Mostofizadeh MdL  
Parlamentarischer Geschäftsführer  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

### Kontakt:

Tel 0211 884-2505  
Fax 0211 884-2890  
[www.gruene-fraktion-nrw.de](http://www.gruene-fraktion-nrw.de)  
[gruene-pressestelle@landtag.nrw.de](mailto:gruene-pressestelle@landtag.nrw.de)



GrueneFraktionNRW



@gruenefraknrw



gruene\_fraktion\_nrw

### Redaktion:

Guido von Wiecken

### Gestaltung:

Guido von Wiecken

### Bildnachweis:

S. 1: S&B Vonlanthen on Unsplash -  
S. 2, 3l, 6l, 7: Guido von Wiecken@  
GRÜNE im Landtag - S. 3r: Caleb  
Wood@unsplash - S. 5: elchinator@  
pixabay - S. 6r: Wilhelm Gunkel@Un-  
splash

An dieser Ausgabe haben außerdem  
mitgewirkt: Tamer Düzyol, Pegah Eda-  
latian, Robert Engell, Hasret Karacu-  
ban, Julia Schönbeck, Bettina Tull

Stand: November 2020

Dieses Magazin darf nicht zu Wahl-  
kampfpzwecken verwendet werden.

